

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Transparenz und Öffentlichkeitsarbeit der stuv

Antragstext

Das StuPa setzt sich für die Transparenz und Öffentlichkeitswirksamkeit der stuv und ihrer wichtigsten Gremien ein. Dazu beschließt es folgende Punkte:

1. Über den öffentlichen Mailverteiler des StuPas werden wieder regelmäßig und rechtzeitig relevante Informationen zur Arbeitsweise des Studierendenparlaments verschickt. Als relevant betrachtet das StuPa vor allem die Sitzungsprotokolle, Beschlüsse, Sitzungstermine und Tagesordnungen sowie nach Ermessen des StuPa-Vorsitzes wichtige oder per StuPa-Beschluss zu bewerbende, das StuPa betreffende Ereignisse. Ebenso soll das Antragstool und die vom StuPa mit Studierenden zu besetzenden Ämter, Referate und Ausschüsse beworben werden.
2. Es sollen Messenger Gruppen wie Whatsapp Community oder Telegram Community (multimedial Bespielen) mit mindestens folgenden Inhalten eingerichtet werden:
 1. eine aktiv moderierte Chat Gruppe, in der jede Person Fragen stellen kann
 2. einen Ankündigungschannel, in dem mindestens die selben Informationen geteilt werden, die über den Mailverteiler laufen.
3. Das StuPa legt dem SSR und dem FSR nahe, ein vergleichbares Mailverteilerkonzept zu erarbeiten. Gegebenenfalls soll dies in

Kooperation zu einem einheitlichen Gesamtkonzept zusammengeführt werden.

4. Der Mailverteiler und die oben benannten Messenger Gruppen sollen auf allen möglichen Kanälen beworben werden. Dazu zählt vor allem die Begrüßungsmail zu Beginn des Wintersemesters an alle Studierenden, die MoMa, die Aushangflächen, die Website und die Instagram Accounts der stuv. Außerdem sollen auch die Fachschaftensvertretungen und Fachinitiativen dazu angehalten werden diese Kommunikationskanäle möglichst dauerhaft zu bewerben.
5. Die Inhalte der unter Punkt 1. und 2. genannten Mailverteiler sollen sinnvoll in der MoMa zusammengefasst werden, um hochschulpolitisch interessierten Studierenden einen schnellen Überblick über die Arbeitsweise der Studierendenvertretung zu ermöglichen.
6. Die Informationen auf der stuv-Website, wie Protokolle, Beschlüsse und Besetzungen, müssen regelmäßige aktualisiert werden. Es muss mindestens nach der ersten Vorlesungswoche des Wintersemesters eine Überprüfung und bei Fehlern eine Korrektur durchgeführt werden.
7. Zusätzlich dazu wird zur Erarbeitung eines umfassenderen Kommunikationskonzepts der Studierendenvertretung ein Ausschuss einberufen, der in Absprache mit StuPa- und FSR-Vorsitz sowie dem Ressort Öffentlichkeitsarbeit arbeitet. Dieser soll neben der Kommunikationsstrategie über Mailverteiler beraten, welche alternativen Kommunikationskanäle als sinnvoll erachtet werden. Insbesondere sollen Social-Media Kanäle jenseits von Meta, X und TikTok diskutiert werden. Zusätzlich soll beraten werden, ob Messengergruppen über WhatsApp/Telegramm Community sinnvoll sind. Vorstellbar sind moderierte Chatgruppen, die als Frageforum genutzt werden können, wie auch Ankündigungschannel, die die Informationen der entsprechenden Mailverteiler verbreiten. Das Konzept soll zur 5. regulären StuPa-Sitzung vorgestellt und diskutiert werden und abschließend in der 6. regulären Sitzung in Form eines Antrages zur Abstimmung freigegeben werden.
8. Es sollen zusätzlich Social-Media Kanäle bespielt werden, die nicht zum Meta-Konzern gehören. Dafür soll dem StuPa- und dem FSR-Vorsitz unbeschränkter Zugang zu einem mobilen Social-Media fähigem Gerät gewährt werden

54 9. Die in der Kommunikationsstrategie enthaltenen Informationskanäle sollen
55 breitflächig beworben werden. Dazu zählt vor allem die Begrüßungsmail zu
56 Beginn des Wintersemesters an alle Studierenden, die MoMa, die
57 Aushangflächen, die Website und ggf. die Social-Media Accounts der stuv.
58 Außerdem werden die Fachschaftensvertretungen und Fachinitiativen dazu
59 angehalten, diese Kommunikationskanäle möglichst dauerhaft zu bewerben.
60 Wir bitten insbesondere den FSR-Vorsitz, darauf erneut gesondert
61 hinzuweisen.

62 Die Vorsitzenden des StuPas, des FSRs und der SSR werden mit der Umsetzung
63 dieses Beschlusses beauftragt.

Antrag

Initiator*innen: Studis für Studis

Titel: Transparenz und Öffentlichkeitsarbeit der stuv

Antragstext

Das StuPa setzt sich für die Transparenz und Öffentlichkeitswirksamkeit der stuv und ihrer wichtigsten Gremien ein. Dazu beschließt es folgende Punkte:

1. Über den öffentlichen Mailverteiler des StuPas werden wieder regelmäßig und rechtzeitig relevante Informationen zur Arbeitsweise des Studierendenparlaments verschickt. Als relevant betrachtet das StuPa vor allem die Sitzungsprotokolle, Beschlüsse, Sitzungstermine und Tagesordnungen sowie nach Ermessen des StuPa-Vorsitzes wichtige oder per StuPa-Beschluss zu bewerbende, das StuPa betreffende Ereignisse. Ebenso soll das Antragstool und die vom StuPa mit Studierenden zu besetzenden Ämter, Referate und Ausschüsse beworben werden.
2. Das StuPa legt dem SSR und dem FSR nahe, ein vergleichbares Mailverteilerkonzept zu erarbeiten. Gegebenenfalls soll dies in Kooperation zu einem einheitlichen Gesamtkonzept zusammengeführt werden.
3. Die Inhalte der unter Punkt 1. und 2. genannten Mailverteiler sollen sinnvoll in der MoMa zusammengefasst werden, um hochschulpolitisch interessierten Studierenden einen schnellen Überblick über die Arbeitsweise der Studierendenvertretung zu ermöglichen.
4. Zusätzlich dazu wird zur Erarbeitung eines umfassenderen Kommunikationskonzepts der Studierendenvertretung ein Ausschuss einberufen, der in Absprache mit StuPa- und FSR-Vorsitz sowie dem Ressort Öffentlichkeitsarbeit arbeitet. Dieser soll neben der Kommunikationsstrategie über Mailverteiler beraten, welche alternativen

Kommunikationskanäle als sinnvoll erachtet werden. Insbesondere sollen Social-Media Kanäle jenseits von Meta, X und TikTok diskutiert werden. Zusätzlich soll beraten werden, ob Messengergruppen über WhatsApp/Telegramm Community sinnvoll sind. Vorstellbar sind moderierte Chatgruppen, die als Frageforum genutzt werden können, wie auch Ankündigungschannel, die die Informationen der entsprechenden Mailverteiler verbreiten. Das Konzept soll auf dem stuv-Klausurwochenende erarbeitet und abschließend zur nächsten regulären StuPa-Sitzung vorgestellt werden.

5. Die in der Kommunikationsstrategie enthaltenen Informationskanäle sollen breitflächig beworben werden. Dazu zählt vor allem die Begrüßungsmail zu Beginn des Wintersemesters an alle Studierenden, die MoMa, die Aushangflächen, die Website und ggf. die Social-Media Accounts der stuv. Außerdem werden die Fachschaftensvertretungen und Fachinitiativen dazu angehalten, diese Kommunikationskanäle möglichst dauerhaft zu bewerben. Wir bitten insbesondere den FSR-Vorsitz, darauf erneut gesondert hinzuweisen.

Die Vorsitzenden des StuPas, des FSRs und der SSR werden mit der Umsetzung dieses Beschlusses bis zum 13.10.2025 beauftragt.

Begründung

Die stuv ist darauf angewiesen, möglichst viele Menschen zu finden, die den Interessen der Studierenden ihre Zeit und Arbeit widmen. Dies ist nur möglich, wenn genügend Studierende über die Vorgänge in der stuv informiert sind.

Aber statt transparenter zu werden hat die Öffentlichkeitsarbeit des StuPas in den letzten Jahren abgenommen.

Der auf der Website beworbene Mailverteiler wird seit drei Jahren nicht mehr bespielt, auf der stuv Website sind die aktuellen Gremienvertreter*innen nicht gelistet, die Protokolle und Anträge des FSRs aus den letzten zwei Jahren wurden bisher nicht hochgeladen und bei überregionalen Partnerschaften steht noch die vor zwei Jahren vom BayStuRa abgelöste LAK.

Die Protokolle und das Antragstool sind in der Theorie öffentlich, aber kaum jemand außerhalb der stuv weiß von deren Existenz geschweige denn, wie man darauf zugreift.

Zu 5.: Crossposting über verschiedenen Plattformen bedeutet kaum Mehraufwand, da die Inhalte nur einmal erstellt werden müssen und dann auf allen Kanälen gepostet werden können. Die Vorsitzenden des StuPas

und FSRs sollten deshalb trotzdem nicht gezwungen sein über ihre privaten Endgeräte auf Social-Media Plattformen zu zugreifen.

Durch diese Entwicklungen ist es aktuell kaum möglich in die stuv einzusteigen, wenn man nicht mindestens ein Mitglied persönlich kennt.

Das muss sich ändern und dieser Beschluss ist ein erster Schritt in diese Richtung.

Antrag

Initiator*innen: Studentischer Sprecher*innenrat (SSR) (dort beschlossen am: 23.09.2025)

Titel: Umwidmung des SSR-Ressorts "Politische Geschäftsführung" in "Veranstaltungen"

Antragstext

- 1 Das Studierendenparlament möge wie folgt beschließen:
- 2 Gemäß § 33 Absatz 3 der Grundordnung beschließt das Studierendenparlament die
- 3 Umwidmung des Ressorts *Politische Geschäftsführung* des Studentischen
- 4 Sprecher*innenrats (SSR) in das Ressort *Veranstaltungen*.
- 5 Die Änderung tritt mit dem 01.10.2025 in Kraft.

Begründung

Mit Beginn der Amtszeit 2023/24 wurde das Ressort *Veranstaltungen* zugunsten des Ressorts *Politische Geschäftsführung* umgewidmet. Ziel war es damals, einen größeren Fokus auf übergreifende hochschulpolitische Themen wie die Studierendengesundheit legen zu können – und gleichwohl die zeit- und arbeitsintensiven Veranstaltungen (Campuslichter, Studimesse, Mensa-Party, Unicup, ...) aus der aktiven Arbeit des SSR herauszunehmen, indem diese durch das Referat Veranstaltungen und Kultur verantwortet werden.

Im Verlauf der letzten beiden Amtszeiten wurde jedoch immer deutlicher, dass selbst das aktivste Referat nicht die Möglichkeit hat, die Veranstaltungen ganz ohne Beteiligung des SSR zu planen und durchzuführen. Hintergründe sind insbesondere die notwendige, enge Anbindung an die Finanzplanung, rechtliche Vorgaben, die Vernetzung und Verantwortlichkeit innerhalb der Universität sowie nicht zuletzt die nötige Zeit und Flexibilität.

Die einstigen Aufgaben des Ressorts *Veranstaltungen* mussten deshalb durch die anderen Ressorts übernommen werden und nötigten insbesondere den Vorsitz-Teams beider Amtszeiten Zeit ab, die dann an anderer Stelle gefehlt hat.

Es ist daher in den Augen des SSR unumgänglich, das Ressort *Veranstaltungen* wieder im SSR zu schaffen. Der Beginn der neuen Amtszeit bietet hierfür die ideale Gelegenheit. Nach sorgfältiger Abwägung ist das Ressort *Politische Geschäftsführung* – nicht nur deshalb, weil es das jüngste der Ressorts ist – dasjenige, dessen Aufgaben am einfachsten durch die übrigen Ressorts abgedeckt und am besten auch auf mehrere Schultern verteilt werden können.

Gem. Beschluss des SSR der neuen Amtszeit 2025/26 beantragen wir daher, obenstehenden Antragstext im Studierendenparlament zu beschließen.

Antrag

Initiator*innen: Daniel Janke

Titel: Zeppelinstraße zwischen den Haltestellen
"Äußeres Hubland" und "Miravilla" sanieren

Antragstext

1 Der studentische Sprecher*innenrat (SSR) wird damit beauftragt sich gegenüber
2 der Stadt Würzburg und den demokratischen Stadtratsfraktionen für eine Sanierung
3 der Zeppelinstraße zwischen den Haltestellen "Äußeres Hubland" und "Miravilla"
4 in beide Richtungen einzusetzen.

Begründung

Die Zeppelinstraße zwischen den Haltestellen "Äußeres Hubland" und "Miravilla" ist in beiden Richtungen in einem schlechten Zustand und sanierungsbedürftig. Es handelt sich um eine kommunale Straße. Für den Unterhalt ist somit die Stadt Würzburg zuständig. Demnächst wird im Stadtrat der Haushalt 2026 beraten. In dessen Rahmen wäre eine Sanierung der Straße möglich. Dafür muss Einfluss auf die Stadt und die demokratischen Stadtratsfraktionen genommen werden.

Initiativantrag

Initiator*innen: CampusLinke (dort beschlossen am: 02.10.2025)

Titel: Solidarität mit der Global Sumud Flotilla

Antragstext

1 Im Rahmen der Pflege der Beziehungen zu palästinensischen Studierenden
2 beschließt das Studierendenparlament folgende Forderungen:

- 3 1. Das Studierendenparlament verurteilt das gewaltvolle Abfangen der Schiffe
4 und die Entführung der Besatzungsmitglieder der Global Sumud Flotilla
5 durch israelischen Kräfte. Diese Übernahme fand in internationalen
6 Gewässern statt und stellt somit einen Verstoß gegen internationales Recht
7 dar.
- 8 2. Das Studierendenparlament fordert die sofortige Freilassung der entführten
9 Besatzungsmitglieder.
- 10 3. Das Studierendenparlament fordert die sofortige Beendigung der
11 völkerrechtswidrigen humanitären Blockade des Gazastreifens, die
12 Freilassung aller zivilen Geiseln - israelische, wie palästinensische -
13 und einen sofortigen, dauerhaften humanitären Waffenstillstand. Israel
14 muss internationalen Menschenrechtsorganisationen uneingeschränkten Zugang
15 gewähren, um die Versorgung der Zivilbevölkerung in Gaza mit
16 überlebensnotwendigen humanitären Gütern sicherzustellen.
- 17 4. Das Studierendenparlament fordert die Universitätsleitung auf,
18 studentischen Aktivismus, der sich für die Einhaltung und Durchsetzung von
19 internationalem Recht in Palästina einsetzt, an der Universität zu
20 unterstützen. Insbesondere soll die Teilnahme an öffentlichen
21 Informationsveranstaltungen, wie z.B. der Studimesse genehmigt werden.

22 5. Das Studierendenparlament fordert die Universitätsleitung auf, sich den
23 oben genannten Forderungen anzuschließen und diese öffentlich zu
24 vertreten.

25 6. Das Studierendenparlament beauftragt den SSR mit der Umsetzung der Punkte
26 1. - 5., insbesondere sollen die Forderungen öffentlich und in Gesprächen
27 mit der Universitätsleitung nachdrücklich vertreten werden.

Begründung des Initiativcharakters

Die Global Sumud Flotilla wurde am 1. Oktober (gestern) in internationalen Gewässern abgefangen und ihre Crew entführt.

Inhaltliche Begründung

Die Global Sumud Flotilla ist eine Initiative, überlebenswichtige humanitäre Hilfsgüter in den Gazastreifen zu tragen und auf die völkerrechtswidrige Blockade des Gazastreifens durch Israel aufmerksam zu machen, welche zu einer katastrophalen Hungersnot geführt hat. Ihre Crew setzt sich aus unbewaffneten Menschenrechtsaktivisten aus über 40 Staaten zusammen, unter ihnen Ärzt*innen, Parlamentarier und Journalist*innen [1, 2, 3].

Seit Beginn der Mission ist die Global Sumud Flotilla wiederholten Einschüchterungsversuchen der israelischen Regierung ausgesetzt gewesen. Der rechtsextreme israelische Minister Itamar Ben Gvir bezeichnete die Crew als "Terroristen" und forderte, diese in Hochsicherheitsgefängnissen zu inhaftieren [4]. Seitdem sah sich die Crew Störaktionen ausgesetzt, unter anderem mit Drohnen oder Signal-Jamming. In einer Pressemitteilung der UN-Menschenrechtskommission werden diese Angriffe verurteilt und Konsequenzen für die Verantwortlichen gefordert [5]. Das Abfangen der Global Sumud Flotilla am 1. Oktober 2025 und die Entführung der Crew in internationalen Gewässern stellt einen schwerwiegenden Verstoß gegen die United Nations Convention on the Law of the Sea dar [6].

FAO, UNICEF, WFP und die WHO warnen vor einer katastrophalen Hungersnot in Gaza, die mittlerweile über 640 000 Menschen betrifft, weitere 1.14 Millionen Menschen sind von schwerwiegender Nahrungsmittelknappheit betroffen. Diese Hungersnot ist eine direkte Konsequenz der völkerrechtswidrigen Blockade des Gazastreifens [2, 3]. Die Besatzung des Gazastreifens und der Westbank stellt weiterhin laut einem Urteil des Internationalen Gerichtshofs einen Verstoß gegen internationales Recht dar [7].

Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte Volker Türk äußerte sich zur humanitären Blockade und den Verpflichtungen der internationalen Gemeinschaft am 27. Juli 2025 [8]:

When we think it can't get worse, it gets worse. Children are starving and dying in front of our eyes.

Gaza is a dystopian landscape of deadly attacks and total destruction.

Chaotic, militarized distribution centres run by the US- and Israeli-supported Gaza Humanitarian Foundation are failing utterly to deliver humanitarian aid at the scope and scale needed. More than one thousand people have been killed since the end of May as they tried to get food. According to the Ministry of Health in Gaza, more than 200,000 Palestinians have been killed or injured since 7 October – some ten percent of the entire population. And we can never forget that more than 300 of our own colleagues have been killed by Israel's military action.

All countries have an obligation to take concrete steps to ensure that Israel, the occupying power in Gaza, complies with its obligations to ensure that sufficient food and lifesaving necessities are provided to the population.

[...]

I call again for an immediate, permanent ceasefire; the immediate and unconditional release of all hostages and all others arbitrarily detained; immediate and unhindered humanitarian access; and the delivery of massive humanitarian aid to Palestinians, wherever they are.

Den Forderungen des UN-Hochkommissars für Menschenrechte schließen wir uns an. Wir sehen die Universität in der Pflicht, sich öffentlich für den Schutz von Menschenrechten einzusetzen und sich öffentlich zu positionieren.

Quellen

[1] https://globalsumudflotilla.org/media/press/GSF_Press_Release250904.pdf

[2]

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2025/10/israels-unlawful-interception-of-global-sumud-flotilla-illustrates-its-determination-to-continue-deliberately-starving-palestinians-in-gaza/>

[3] <https://www.who.int/news/item/22-08-2025-famine-confirmed-for-first-time-in-gaza>

[4] <https://www.jpost.com/israel-news/article-865898>

[5]

<https://www.ohchr.org/en/press-releases/2025/09/attacks-gaza-bound-flotilla-defy-belief-accountability-must>

[6] https://www.un.org/depts/los/convention_agreements/texts/unclos/unclos_e.pdf

[7]

<https://www.ohchr.org/en/press-releases/2024/07/experts-hail-icj-declaration-illegality-israels-presence-occupied>

[8]

<https://www.ohchr.org/en/press-releases/2025/07/turk-calls-pressure-israeli-government-end-carnage-gaza>

Initiativantrag

Initiator*innen: Daniel Janke

Titel: Unterstützung einer Klage gegen die Universität

Antragstext

1 Das Studierendenparlament unterstützt die in der Sitzung vorgestellte Klage
2 gegen die Universität Würzburg und verpflichtet sich 3500 Euro dafür in den
3 Haushalt 2026 einzustellen. Der Studentische Sprecher*innenrat (SSR) wird
4 beauftragt in den Haushaltsentwurf 2026 einen Betrag von 3500 Euro für die
5 Klagekosten einzuplanen. Der klagenden Person wird verbindlich zugesagt, dass
6 die Studierendenvertretung bis zu 3500 Euro, die im Rahmen der Klage anfallen,
7 übernimmt.

Begründung des Initiativcharakters

Erfolgt mündlich.

Inhaltliche Begründung

Erfolgt mündlich.

Unterstützer*innen

Die, Namen, werden, noch, nachgereicht.